



Innenausschuss

49. Sitzung (öffentlich)

11. Dezember 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- Vor Eintritt in die Tagesordnung** **5**
- a) **Bericht zur Evaluation des Korruptionsbekämpfungsgesetzes**
 - b) **Zur Tagesordnung**
 - Der **Antrag** zur Tagesordnung der SPD-Fraktion wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.
- 1 Haus des Jugendrechts** **6**
- Gespräch mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Köln, Heiko Manteuffel, dem Stadtdirektor der Stadt Köln, Guido Kahlen, sowie LKD Norbert Wagner

2 Deutschland braucht kein FBI: BKA-Gesetz im Bundesrat ablehnen! 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6688

Der **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6688** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

3 Stillstand in der Innenpolitik beenden – Polizei und Verfassungsschutz brauchen endlich verfassungskonforme Gesetze! 21

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7447

Der **Antrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/7447** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

4 Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7792

Der Ausschuss kommt überein, an der öffentlichen Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss nachrichtlich beteiligt zu werden.

5 Das Parlament muss auch für Auslandseinsätze der Polizei die Verantwortung übernehmen! 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7829

Der Ausschuss kommt überein, vor einer Abstimmung des Antrags Drucksache 14/7829 zunächst die Anhörung im Deutschen Bundestag abzuwarten.

6 Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten Nordrhein-Westfalen (Geodatenzugangsgesetz – GeoZG NRW) 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7895

Der Ausschuss kommt überein, in seiner nächsten Sitzung die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit zu hören.

7 Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Personenstandsgesetzes (Personenstandsverordnung NRW – PStVO NRW) 27

Vorlage 14/2194

8 Entwurf einer Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Unabkömmlichstellung (AVUKVO NRW) 28

Vorlage 14/2229

9 Entwurf einer Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) 29

Vorlage 14/2273

– keine Wortmeldungen 29

Innenausschuss

11.12.2008

49. Sitzung (öffentlich)

we

10 Gesinnungstests bei Migrantinnen und Migranten 30

Bericht der Landesregierung

Zuschrift 14/1546

11 Personalsituation beim LKA 35

Bericht der Landesregierung

Vorlage 14/2306

12 Neue Polizeiuniformen – Entscheidung gefallen? 36

Bericht der Landesregierung

Vorlage 14/2303

**13 Zusammenwirken von MUNLV und Landeskriminalamt in der
Angelegenheit Abteilungsleiter F. im Zeitraum Juni 2006 bis Oktober
2006 40**

Vorlage 14/2305

14 Verschiedenes 43

Der Ausschuss kommt überein, den Sitzungstermin vom
24. September 2009 durch den 17. September 2009 zu
ersetzen.

* * *

6 Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten Nordrhein-Westfalen (Geodatenzugangsgesetz – GeoZG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7895

Der Gesetzentwurf wurde am 3. Dezember 2008 im Plenum beraten und federführend an den Innenausschuss sowie mitberatend an den Hauptausschuss überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses im Plenum erfolgen.

Vorsitzender Winfried Schittges kündigt an, ein Schreiben an die Kommunalen Spitzenverbände zu versenden, die nach der Geschäftsordnung zu beteiligen seien.

Gerd Stüttgen (SPD) erklärt, seine Fraktion wolle auf eine Anhörung zu verzichten, sofern man in der nächsten Sitzung des Innenausschusses die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit höre.

Der Ausschuss kommt überein, in seiner nächsten Sitzung die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit zu hören.

